Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Es war Befehl, gezielt auf unbewaffnete Palästinenser in Gaza zu schießen, die auf humanitäre Hilfe warteten.
2. Syrien: Westliche Doppelmoral
3. Did the West provoke Russia?
4. Gábor Stier aus Ungarn über EU-Sanktionen, Ukraine-Beziehungen und Friedensaussichten
5. Großmachtnostalgie und deutsche Atomwaffen
6. Warum Minister Pistorius jetzt auf Verschleierungstaktik setzt
7. Pepe Escobar: Zehn Verteidigungsminister betreten einen Raum in China…
8. Die Mär von sozialem Aufstieg – seit dem Kaiserreich hat sich nichts verändert
9. Ab wann bin ich reich, reicher, superreich?
10. Junge Inder in Deutschland: Das Geschäft mit den Studis
11. Verunsicherung bei Konsumenten: Umsatz im Einzelhandel überraschend gesunken
12. „Mehr als zehn Prozent“: Deutsche Bahn will Preise offenbar deutlich erhöhen – das steckt dahinter
13. Brücken, Straßen, Schulen – Das 216-Milliarden-Investitions-Loch der Kommunen
14. Atommüll: 20.000 Fässer unter dem Meer
15. Soft power gekürzt
16. Corona-Politik und Pfizer-Deal: Von der Leyen muss sich Misstrauensvotum stellen
17. Köln benennt Spielplätze um – ein Fanal des woken Blödsinns

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Es war Befehl, gezielt auf unbewaffnete Palästinenser in Gaza zu schießen, die**

auf humanitäre Hilfe warteten.
Offiziere und Soldaten der israelischen Streitkräfte (IDF) berichteten der israelischen Zeitung Haaretz, sie hätten den Befehl erhalten, auf unbewaffnete Menschenmengen in der Nähe von Lebensmittel-Verteilungsstellen in Gaza zu schießen, selbst wenn keine Gefahr bestand. Hunderte Palästinenser wurden getötet. – Hier der übersetzte Bericht aus Haaretz.
Israelische Soldaten in Gaza berichteten Haaretz, dass die Armee im vergangenen Monat absichtlich auf Palästinenser in der Nähe von Hilfsverteilungsstellen geschossen habe.
Gespräche mit Offizieren und Soldaten zeigen, dass Kommandeure den Truppen befahlen, auf Menschenmengen zu schießen, um sie zu vertreiben oder zu zerstreuen, obwohl klar war, dass sie keine Gefahr darstellten.
Quelle: Globalbridge

dazu: **Erschossene Palästinenser – Opfer zweiter Klasse**
Quelle: NachDenkSeiten

2. **Syrien: Westliche Doppelmoral**
   Syrien: Trotz Menschenrechtsverbrechen heben USA Sanktionen auf. Damaskus will Golanhöhen aufgeben
   Die USA haben ein Großteil der Sanktionen gegen Syrien am Montag per Präsidentendekret aufgehoben. Die gegen den im vergangenen Dezember gestürzten syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad sowie dessen Mitarbeiter verhängten Maßnahmen bleiben hingegen weiter in Kraft. Dasselbe gilt nach Aussage von Donald Trumps Sprecherin Karoline Leavitt für Sanktionen gegen »Menschenrechtsverletzer, Drogenhändler sowie Personen, die mit chemischen Waffen in Verbindung« stünden.
   Quelle: junge Welt
3. **Did the West provoke Russia?**
   On 2 June, the Committee for Academic Freedom held a debate in King's College London on the question: "Ukraine — was Russia's invasion provoked by Western foreign policy". This was almost the first discussion of its sort to have taken place in a UK university — an extraordinary fact, considering the importance of the issue. Still more extraordinary is the fact that this long hush has been due not to any political pressure or legal ban but to a simple determination on the part of all concerned to avoid the topic. It's a striking example of what sociologist Steven Lukes called "agenda power": the power to settle questions in advance by putting them off the table.
   Quelle: The Critic
4. **Gábor Stier aus Ungarn über EU-Sanktionen, Ukraine-Beziehungen und**

Friedensaussichten
Warum blockieren Budapest und Bratislava die geplanten Sanktionen der EU? Welche Rolle spielt der Stromexport für Kiew? Und warum sind Friedensverhandlungen derzeit in weiter Ferne? Gábor Stier, Experte für den postsowjetischen Raum, beleuchtet im Interview mit dem russischen Portal Eurasia.expert die Hintergründe der Haltung Ungarns und der Slowakei zu Russland-Sanktionen, analysiert die angespannten ungarisch-ukrainischen Beziehungen und bewertet die aktuellen Friedensperspektiven.
Quelle: Globalbridge

5. **Großmachtnostalgie und deutsche Atomwaffen**
In der Traditionslinie des deutschen Konservatismus: Geht es nach Jens Spahn und der AfD, soll sich Deutschland Zugriff auf nukleare Bewaffnung verschaffen.
Kein Hinterbänkler der Union, sondern Fraktionschef Jens Spahn persönlich fordert, dass sich Deutschland den Zugriff auf Atomwaffen verschaffen soll. Jetzt rudert Bundeskanzler Friedrich Merz unter Verweis auf die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO zurück. Der Kanzler beschied, „dass wir alles tun sollten, um auch für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, die nukleare Teilhabe mit den Vereinigten Staaten von Amerika aufrechtzuerhalten." Wer aber glaubt, dass dies als Entwarnung zu verstehen sei, der muss sich fundamental getäuscht sehen.
Quelle: Sevim Dagdelen auf Overton Magazin
6. **Warum Minister Pistorius jetzt auf Verschleierungstaktik setzt**
Rauswurf eines international respektierten Generals, Umbau des Ministeriums, weniger Berichtspflichten an den Bundestag: Der Verteidigungsminister schafft sich ein Umfeld, das die Ergebnisse seiner Arbeit undurchsichtiger macht. Kritik daran kommt auch von der Union. […]
Seiner berühmt gewordenen Einschätzung am Morgen des 24. Februar 2022, dem Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine, wonach das deutsche Heer „mehr oder weniger blank" dastehe, ließ er regelmäßig weitere Einblicke in den Status quo der Truppe folgen. Er thematisierte die Folgen der Waffenabgaben an die Ukraine, wies auf bürokratische Hemmnisse und strukturelle Defizite, lange Lieferzeiten der Industrie und zu geringe Bestellvolumina hin. Noch im April dieses Jahres stellte er fest: „Es geht uns heute materiell nicht wesentlich besser als im Februar 2022."
Mais' strategische Kommunikation, durch das interne und öffentliche Benennen von Problemen Handlungsdruck zu erzeugen, war der Politik lange nützlich. Jetzt aber, da sich niemand mehr Illusionen über Deutschlands Verteidigungsfähigkeit macht und dem Verteidigungsministerium unbegrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, werden derlei Hinweise als störend empfunden. Gefragt sind bedingungslose Loyalität und Erfolgsmeldungen.

Quelle: Welt Online (Bezahlschranke)

7. **Pepe Escobar: Zehn Verteidigungsminister betreten einen Raum in China…**
   Die SCO kann das, was die NATO nicht kann: Feindseligkeiten entschärfen, indem sie ihren eurasischen Mitgliedstaaten und der gesamten multipolaren Welt „unteilbare Sicherheit“ bietet.
   Nicht ein einziges Sterbenswörtchen war in unseren Qualitätsmedien zu vernehmen (klar, die wissen ja überhaupt nicht, um was es geht und dürfen es auch gar nicht wissen): In China hat die SCO getagt – zufällig gleichzeitig mit dem NATO-Gipfel-Theater. Asien und Eurasien rüsten sich gegen die bevorstehenden Angriffe des sterbenden Imperiums, der seinen eigenen Untergang als Sieg zelebriert – und Europa soll das Spektakel bezahlen. Und die Journaille hält sich brav ans Rede- und Schreibgebot.
   Quelle: Seniora.org
8. **Die Mär von sozialem Aufstieg – seit dem Kaiserreich hat sich nichts verändert**
   Wer in Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich ganz nach oben will, braucht vor allem eines: das richtige Elternhaus. Das ist das Fazit einer neuen Studie des Soziologen Michael Hartmann, die Erschreckendes darlegt: Seit mehr als 100 Jahren rekrutiert sich die Wirtschaftselite aus den gleichen sozialen Gruppen – und das trotz dreier kompletter Systemwechsel. Damit hat sich seit dem Kaiserreich an der sozialen Zusammensetzung der Entscheidungsträger der deutschen Wirtschaft wenig geändert.
   Quelle: FR Online
9. **Junge Inder in Deutschland: Das Geschäft mit den Studis**
   Ritik Yadav und Shivam Kumar kamen zum Studium an einer Privat-Uni nach Deutschland. Jetzt arbeiten sie beim Lieferdienst und in der Gastro.
   R itik Yadav sitzt im Sommer 2022 mit seiner Mutter in Kanpur im Nordosten von Indien vor dem Fernseher. Gemeinsam sehen sie sich einen Werbespot für Universitäten im Ausland an. Seine Mutter fragt ihn: „Wäre das nicht auch etwas für dich?“ Ritik Yadav ist zu diesem Zeitpunkt 22 Jahre alt und hat einen Bachelor-Abschluss in Business Administration, aber er weiß nicht so recht, wie es für ihn weitergeht. Er hat zwar eine eigene kleine Firma aufgebaut, in der er Kurkuma verarbeitet und an Kosmetikhersteller verkauft, aber das läuft nicht so gut.
   Quelle: taz
10. **Ab wann bin ich reich, reicher, superreich?**
    Die Deutschen besitzen insgesamt rund 23 Billionen Dollar, das sind etwa 19,5 Billionen Euro. 11 Billionen Dollar liegen auf Sparkonten, sind in Wertpapiere investiert oder sind Bargeld. Der andere Teil steckt vor allem in Immobilien. Die beeindruckende Gesamtsumme sagt nichts darüber aus, wem all diese Besitztümer gehören. Deutschland ist aber seit Jahren dafür bekannt, dass die Vermögen sehr

ungleich verteilt sind. Nach einer Erhebung der Bundesbank vom April 2025 (externer Link) besitzen rund 10 Prozent der Haushalte die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Doch schon innerhalb dieser Gruppe von Wohlhabenden gibt es gewaltige Unterschiede. Nur ein Prozent besitzt 35 Prozent. Das sind die Milliardäre. 171 gibt es mittlerweile in Deutschland. Knapp die Hälfte der Deutschen besitzt wenig bis nichts. Ihr Anteil am gesamten Vermögen erreicht gerade einmal 2,5 Prozent.
Quelle: BR24

11. **Verunsicherung bei Konsumenten: Umsatz im Einzelhandel überraschend gesunken**
Verunsicherte Verbraucher haben dem Einzelhandel das größte Umsatzminus seit mehr als zweieinhalb Jahren beschert. Das könnte Folgen für die Gesamtwirtschaft haben.
Der deutsche Einzelhandel hat im Mai überraschend die größten Einbußen seit mehr als zweieinhalb Jahren erlitten. Der Umsatz sank um 1,2 Prozent im Vergleich zum Vormonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Real, also inflationsbereinigt, fiel der Rückgang mit 1,6 Prozent noch stärker aus. Ein größeres Minus gab es zuletzt im Oktober 2022. Im April hatte es bereits einen Rückgang von 0,6 Prozent gegeben. Für Mai hatten Ökonomen nun mit einem Wachstum gerechnet.
Quelle 1: DER SPIEGEL
Quelle 2: Statistisches Bundesamt

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *"Überraschend" kommt ein sinkender Einzelhandelsumsatz nur für Leute, die den Kontakt zur Realität schon vor langer Zeit verloren haben und die brutale Inflation der letzten fünf Jahre, gekoppelt mit Reallohnsenkungen, einfach nicht wahrnehmen oder nicht wahrhaben wollen. Und die im Übrigen glauben, dass Autos Autos kaufen und sich Verbraucher, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen "gestiegene Sparsamkeit" leisten können. Wer möchte, dass der Einzelhandel mehr Geld verdient und damit die Wirtschaft befeuert wird, muss halt dafür sorgen, dass endlich wieder die Löhne und die Sozialleistungen vernünftig steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt, statt immer weiter zu steigen. Aber das ist halt politisch nicht gewollt – gewollt ist stattdessen, dass Reiche und Superreiche, die das gar nicht verkonsumieren können, mit Geld der Steuerzahler überschüttet werden. Dann muss man sich aber auch nicht wundern.*

12. **Brücken, Straßen, Schulen – Das 216-Milliarden-Investitions-Loch der Kommunen**
Der Investitionsrückstand in Kommunen erreicht ein Rekordvolumen von 216 Milliarden Euro. Dass Schulen, Straßen und Sportanlagen nicht gebaut werden, hat

allerdings nur bedingt etwas mit fehlendem Geld zu tun. […]
Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanel zeigen allerdings, dass die zusätzlichen Milliarden die Probleme vor Ort alleine nicht lösen. So sehen sich die Kommunen seit Jahren immer neuen baulichen Aufgaben gegenüber. […]
Zu den gestiegenen Anforderungen und Baupreisen kommt ein drittes Problem hinzu, auf das seit Jahren immer wieder verwiesen wird: die Mittel fließen wegen fehlender Planungskapazitäten nicht oder zumindest zu langsam ab. Im Vorjahr planten die Kommunen laut Report Investitionen in Höhe von 47 Milliarden Euro. Sie gaben allerdings nur 30 Milliarden Euro tatsächlich aus, so die Hochrechnung. „Hier spielen auch nicht-monetäre Hemmnisse eine Rolle, etwa mangelnde personelle Ausstattung in den Bauämtern, komplexe Dokumentationspflichten und langwierige Genehmigungsverfahren“, sagt KfW-Chefvolkswirt Schumacher.
Quelle: Welt Online

13. **„Mehr als zehn Prozent“: Deutsche Bahn will Preise offenbar deutlich erhöhen – das steckt dahinter**
Die Bahn plant der EVG zufolge, die Preise noch in diesem Jahr um 18 Prozent zu erhöhen. Hintergrund seien gestiegene Trassenpreise. Eine Reduzierung des ICE-Angebots wird ebenfalls erwartet.
Quelle: Tagesspiegel
14. **Atommüll: 20.000 Fässer unter dem Meer**
Vor den Küsten Frankreichs und Großbritanniens lagert Atommüll in rauen Mengen. Jetzt wird er geortet und untersucht
Bis in die frühen 1990er Jahre haben viele Länder ihren Atommüll in den Ozeanen versenkt. Unter anderem haben westeuropäischen Staaten an diversen Stellen im Nordatlantik vor den Küsten Frankreichs und Großbritanniens über 200.000 Fässer ins Meer gekippt. Eines dieser wilden Atommüllager liegt etwas mehr als 1.200 Kilometer westlich von Bordeaux. Immerhin wurde seinerzeit zumindest über den Umfang dieser recht sorglosen Müllbeseitigung Buch geführt und international berichtet, so dass die Internationale Atomenergieagentur IAEA 1999 eine Liste der Deponien mit ihren geographischen Koordinaten veröffentlichen konnte.
Quelle: junge Welt
15. **Soft power gekürzt**
Eine aktuelle Analyse aus dem Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) warnt aufgrund aktueller Kürzungen in der Entwicklungshilfe vor einem Machtverlust Deutschlands und weiterer westlicher Staaten im Globalen Süden. Entwicklungshilfe führe immer auch zu wirtschaftlichen und politischen Vorteilen, heißt es in dem IfW-Papier. Kürze man sie empfindlich – und das täten zur Zeit die meisten westlichen Länder –, dann sei mit einer Verringerung des „globalen Einfluss[es]“ der transatlantischen Mächte zu

rechnen. Verloren gehen demnach neben Handelschancen auch geostrategische Einflussgewinne, die darauf beruhen, dass die Empfänger von Entwicklungshilfe sich häufig durch politische Zugeständnisse erkenntlich zeigen. Bereits im Jahr 2013 hatte der damalige deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) erklärt, „mit jedem Euro“ an Entwicklungsgeldern flössen „langfristig zwei Euro zurück zu uns“. Das IfW räumt dagegen offen ein, die Wachstumschancen, die sich für die Empfängerländer aus der Entwicklungshilfe ergäben, seien zumeist „bescheiden“. Wie die westlichen Staaten ihren durch die Kürzung der Entwicklungshilfe bedingten Einflussverlust ausgleichen wollen, ist unklar.
Quelle: German Foreign Policy

16. **Corona-Politik und Pfizer-Deal: Von der Leyen muss sich Misstrauensvotum stellen**
Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen steht vor einer Misstrauensabstimmung im Europaparlament. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola informierte die Fraktionschefs.
Die EU-Kommission von Ursula von der Leyen muss sich im Europäischen Parlament der Abstimmung über einen Misstrauensantrag stellen. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) unterrichtete Parlamentspräsidentin Roberta Metsola darüber soeben die Fraktionsvorsitzenden.
Der Misstrauensantrag wurde vom rumänischen Rechtsaußen-Abgeordneten Gheorghe Piperea eingebracht und wird unter anderem mit Vorwürfen der Intransparenz und des Missmanagements während der Corona-Pandemie begründet.
Quelle: Berliner Zeitung
17. **Köln benennt Spielplätze um – ein Fanal des woken Blödsinns**
Wer sich bislang nicht an dem Begriff gestoßen hat, den belehrt die Dom-Metropole eines besseren in einem Akt bürokratischen Irrsinns und benennt 700 Spielplätze um.
Die Stadt Köln in Nordrhein-Westfalen hat sich dazu entschlossen, die 700 Spielplätze der Domstadt umzubenennen. Wer bislang noch nicht wusste, dass Spielplatz ein Begriff ist, an dem man sich stoßen könnte, der weiß es jetzt.
Ab Herbst soll der Begriff „Spielplatz“ offiziell durch „Spiel- und Aktionsfläche“ ersetzt werden. Diese Entscheidung wurde in einer Mitteilung der Verwaltung an den Jugendhilfeausschuss bekannt gegeben. Infolgedessen müssen rund 700 Schilder in der Stadt ausgetauscht werden, berichtet der Kölner Stadt-Anzeiger.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Gut, dass ich jetzt weiß, dass spielen nichts mit „Aktion“ zu tun hat! Die Benutzung der Geräte war zu meiner Kindheit und Jugend ab einem gewissen Alter verboten, da nicht auf Erwachsene ausgelegt. Was ich aber*

mitten in unserer Stadt sehen kann, sind Spielplätze, die zu Party-Aktionen benutzt werden. Am Morgen kann die Stadtreinigung dort Essensreste und Alkoholflaschen – oft zerdeppert – räumen. Tolle Aktionen.